

kleinlaut zurück. Ein Ratsmitglied: „Völling machte eine klägliche Figur.“

Hält Völling diese Rolle durch, so dürfte den an der Landesbank interessierten Ministern des Düsseldorfer Kabinetts Kühn doch noch gelingen, was ihnen Poullain bislang verweigerte. Sie könnten die expansive Großbank auch politisch beeinflussen.

Zielsicher, aber erfolglos hatte der inzwischen über die Affäre gestürzte nordrhein-westfälische Finanzminister Friedrich Halstenberg in den letzten Jahren versucht, die Landesbank unter die Kontrolle der zu einem Drittel beteiligten Landesregierung zu bringen. Geschockt von dem Fiasko der Hessischen Landesbank, die gut drei Milliarden Mark verlor, feuerte er den Bundesbankdirektor Jürgen Brockhausen an. Dessen einzige Aufgabe: strenge Kontrolle der Landesbank-Geschäfte.

Nur mit Mühe gelang es Poullain 1976, Halstenberg an der Einrichtung eines „Revisionsausschusses“ zu hindern, der — untergebracht in Räumen der Bank — unablässig die Geschäfte des Vorstandes überwachen sollte. Verwaltungsratsvorsitzender Walter Hoffmann, Freund des Ludwig Poullain, wies Halstenberg ab: „Fritz, das kommt nicht in Frage, wir müssen den Anfängen wehren.“

Nach Poullains Abgang akzeptierte auch Hoffmann den neuen Anfang. Als Stellvertreter des Sozialdemokraten Völling soll neben Seipp der strenggläubige Katholik und Christdemokrat Ludwig Trippen zum stellvertretenden Chef der West-LB berufen werden.

Die Ein-Mann-Show des Ludwig Poullain wäre dann endgültig von einem schwarz-roten Proporzduo mit einem neutralen Dritten abgelöst.

## SCHLEYER-NACHFOLGE

### Der hat das Zeug

**Ein weithin unbekannter Fliesen-Unternehmer aus Bonn soll Nachfolger des ermordeten Industriepäsidenten Schleyer werden.**

Brillen-Fabrikant Rolf Rodenstock gratulierte Mannesmann-Generaldirektor Egon Overbeck zunächst nur schriftlich. Eine längst eingegangene Verpflichtung hindere ihn leider, an der Gratulationscour im Düsseldorfer Industrie-Club teilzunehmen.

Erst ein Anruf aus einem Kurhotel in Bad Wiessee stimmte den Münchner um: Hans-Günther Sohl, Alt- und Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), hatte persönlich zu Overbecks Feier gebeten.

In Düsseldorf, das hatte sich Sohl fest vorgenommen, sollte nicht nur gefeiert werden. Weil die Riege der zehn BDI-Vizepräsidenten bei Overbecks Geburtstagsparty am vorvergangenen Mittwoch komplett versammelt war, sollte endlich das Erbe des ermordeten BDI-Chefs Hanns Martin Schleyer bestellt werden.

Kurz vor dem Defilee bot Sohl, Dienstältester unter den BDI-Vizepräsidenten, Rodenstock noch einmal die Spitzenposition des mächtigen Wirtschaftsverbandes an.

Doch Rodenstock beharrte auf einer Bedingung, die er dem Zehner-Klub unaufgefordert schon vor Weihnachten schriftlich mitgeteilt hatte. Er stehe frühestens im nächsten Jahr zur Verfügung, wenn er seinen Sohn Randolph, 30, in die Geschäftsführung des Familienunternehmens eingearbeitet habe.

Die von Rodenstock geforderte „Zwischenlösung in Form eines Übergangspräsidenten“ lehnten die versammelten Verbandsoberen einmütig ab.

Nur wenige Minuten bevor sie sich dann in die Schlange der Overbeck-Gratulanten einreiheten, einigten sich die Herren auf einen abwesenden Kandidaten: Nikolaus Fasolt, 56, Chef der Bonner Fliesen-Fabrik Wessel-Werk und Verbandsvorsitzender der Keramischen Fliesenindustrie. Wenige Tage später, Anfang letzter Woche, trug Sohl dem selbst in Verbandskreisen kaum bekannten Unternehmer die Kandidatur an.

Zwölf Wochen lang, seit der Ermordung Schleyers, hatte sich Sohl bemüht, einen potenten Präsidenten zu finden. Von seinen Wunschkandidaten Egon Overbeck und Eberhard von Brauchitsch (Flick) handelte sich der einstige Thyssen-Manager, der eigens für Schleyer das Amt des Doppelpräsidenten von BDI und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände kreierte hatte, frühe Absagen ein. Und als auch Rodenstock nicht mochte, nahm er sich Fasolt vor.



**BDI-Kandidat Fasolt**  
Pluspunkte für den Namenlosen

Bis Mitte dieser Woche bat sich der neue Mann Bedenkzeit aus. Sein Handikap: Gemessen an seinen Vorgängern, den im Umgang mit Ministern und Gewerkschaftsführern gewiefen Industriemanagern Schleyer und Sohl, wird es der weißhaarige Unbekannte aus Bonn schwerhaben, sich gegen die Großen seines Gewerbes zu behaupten. Denn die Mehrheit des BDI-Präsidiums stammt aus den Vorstandsetagen weltweit operierender Industriekonzerne.

Bonner Politiker und Ministerialbeamte kennen allenfalls das Markenzeichen der Fasolt-Fabrik — einen stilisierten Kurhut mit Krummstab und Schwert der Kölner Kurfürsten —, das von den hohen Fabriktürmen neben dem nördlichen Autobahnzubringer prangt. Im Gegensatz zu Schleyer, der engen Kontakt zu Kanzler Helmut Schmidt hielt, sprach Christdemokrat Fasolt allenfalls bei lokalen CDU-Größen vor.

Auch seine Karriere qualifiziert ihn nicht auf Anhieb zum Sprecher der Industrie. Als Sohn eines Rittmeisters und der Cousine des „Lolita“-Autors Vladimir Nabokov verdingte er sich mit 17 Jahren den Gebirgsjägern und heiratete vier Monate nach Kriegsende Vera Wessel, Erbin der Mehrheit des ältesten und größten Fliesenunternehmens Deutschlands.

Nach seiner Promotion in Slawistik stieg Fasolt 1950 als Sachbearbeiter in die Firma ein. Elf Jahre später war er Herr im Haus seiner Frau.

Freunde Fasolts aus dem Kreis der BDI-Präsidenten zählen Pluspunkte des Namenlosen aus der zweiten Garnitur der Verbände auf: Nach den Großindustriellen Schleyer und Sohl vertrete Fasolt wieder das mittelständische Ge-



**Bankvorstand Seipp**  
Grundsatz-Erklärung vorbereitet

werbe. Er sei in seiner Firma abkömmlich und wohne überdies in Bonn — 25 Autominuten von dem Kölner BDI-Hauptquartier entfernt. „Der hat das Zeug zum zweiten Fritz Berg“, schwärmt ein BDI-Vize.

Andere Verbandsführer bezweifeln, daß Fliesen-Fasolt wie Bettfedern-Fabrikant und Sohl-Vorgänger Berg genügend Standvermögen gegenüber Bonn und der BDI-Bürokratie mitbringt.

Auf den Rat eines prominenten Freundes allerdings kann er zählen. H. J. Abs, Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, ist Teilhaber und Beiratschef der Fliesenfirma.

## BUNDESUNTERNEHMEN

### Gefährlicher Stoff

**In einem Bericht des Rechnungshofes wird die Geschäftsleitung der Staatsfirma Diag grober Schlamperei beschuldigt. Der zuständige Bundeswirtschaftsminister hat nach Ansicht der Prüfer versagt.**

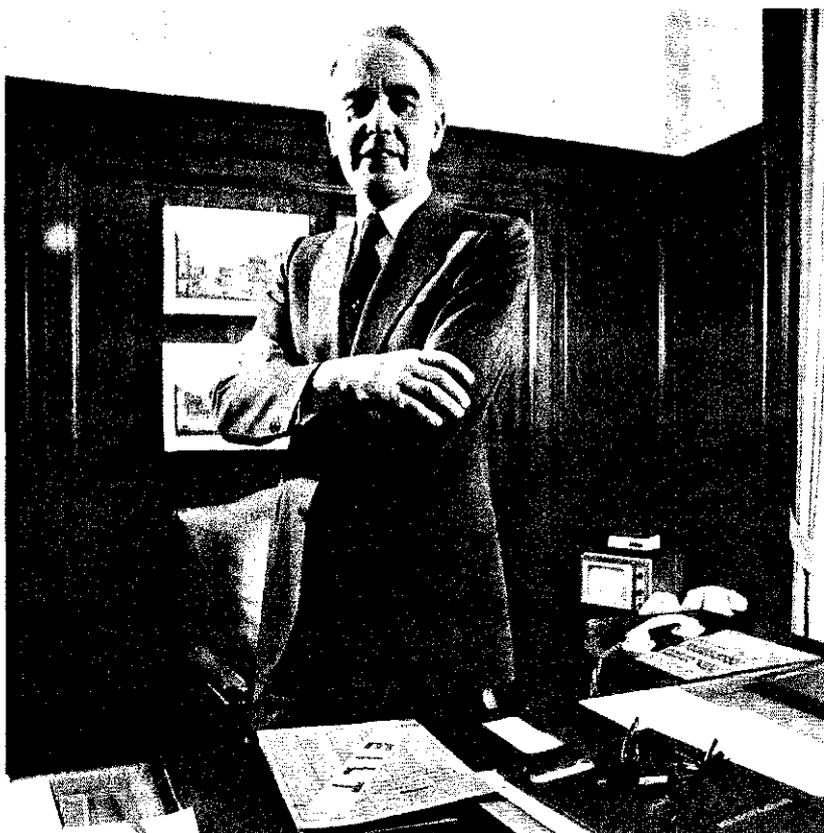
Auch das deutsche Fernsehen war dabei, als Bonns ehemaliger Wirtschaftsminister Hans Friderichs am 2. Januar 1978 seinen neuen Job antrat.

Der amtierende Chef der Dresdner Bank Helmut Haeusgen hieß den neuen Kollegen „willkommen“. Dann, für Millionen Fernsehzuschauer gut sichtbar, nahm der einstige Politiker an seinem neuen Schreibtisch in der Chefetage der Dresdner Bank Platz: ein wenig verklemmt, aber entschlossen, viel „zu lernen“, insbesondere die Regeln des Unternehmerstandes.

Die Lektion kommt reichlich spät. Denn schon in seiner Bonner Amtszeit als Bundesminister für Wirtschaft hatte Friderichs nicht nur mit volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung und Konjunkturprognosen zu tun. Auch sein unternehmerisches Talent war gefragt: Als oberster Verwalter des sogenannten ERP-Sondervermögens war ihm auch die Aufsicht über die Deutsche Industrieanlagen Gesellschaft Diag anvertraut, ein Bundesunternehmen, das immerhin im letzten Jahr gut eine Milliarde Mark umsetzte und fünfeinhalbtausend Arbeitnehmer beschäftigt.

Diese Firma zählt seit Jahren zu den am schlechtesten geführten und kontrollierten deutschen Unternehmen: Nachdem die Diag 1966 durch Zusammenschluß von sieben Unternehmen, darunter Traditionsfirmen wie die Berliner Maschinenbau AG vorm. L. Schwartzkopff, Fritz Werner AG oder Borsig entstanden war, machte das Unternehmen regelmäßigen Verlust.

Neun Jahre nach der Firmengründung, im dritten Amtsjahr des Hans Friderichs, übertraf der Jahresverlust



Manager Friderichs\*: „Einflußmöglichkeiten nicht genutzt“

(174 Millionen) mühelos das Stammkapital von 140 Millionen Mark.

Die schludrige, nur mit Dutzenden von Steuermillionen durchzuhaltende Diag-Mißwirtschaft blieb lange Zeit fast unbemerkt. Diag-Pressesprecher Hans-Georg Otto etwa pflegt Fragen nach Geschäftsbericht oder Bilanz als aufdringliche Neugier abzuwehren.

Hinter dieser Fassade von Ruhe und Ordnung allerdings wurden, unbemerkt von der Öffentlichkeit, Konzept und Kurs der Unternehmensleitung heftig angefeindet — von den Beamten des Bundesrechnungshofes.

Insgesamt 28 Seiten des neuesten, im November letzten Jahres abgelieferten Berichts sind der Verlustfirma gewidmet, die — aus rechtlichen Gründen — nicht mit Namen genannt, sondern nur umschrieben wird. Überschrift des Diag-Kapitels: „Fehlentwicklung eines Bundesunternehmens infolge unzureichender Einflußnahme des Bundes“.

Nicht einmal die gesetzlichen Publizitätsvorschriften wurden beachtet. „Die Geschäftsleitung“, moniert der Rechnungshof, „ist den gesetzlichen Bekanntmachungspflichten bisher nicht nachgekommen, weil ihr die Offenlegung der Verhältnisse des Unternehmens als diesem nicht dienlich erschienen. Der Bundesminister hat es versäumt, dem entgegenzuwirken.“

Entsprechend dürftig sind die Informationen über den Staatsbetrieb. Die Diag, soviel ist bekannt, beschäftigt sich mit dem Bau von allerlei Maschi-

\* In seinem Vorstandszimmer in der Dresdner Bank.

nen für Glas-, Metall-, Textilverarbeitung und mit dem Projektmanagement kompletter Industrieanlagen, die vor allem an Entwicklungsländer verkauft werden.

In Algerien etwa, dem Schwerpunkt der Diag-Aktivitäten, bauten die Staatsunternehmer betriebsfertige Fabriken für Traktoren, Glühlampen und Batterien. Auch in Burma (Fabrik für Fahrräder und Mopeds), Saudi-Arabien, Thailand und Nigeria versuchen Diag-Manager, Umsatz zu machen.

Als 1974 die Verluststrähne der Firma noch immer nicht abriß, berief Friderichs den erfolgreichen früheren Chef der Gutehoffnungshütte Dietrich Wilhelm von Menges an die Spitze des Aufsichtsrates. In dieses Gremium durfte auch der gescheiterte Diag-Führer Meyer einziehen. Von Menges berief kurz darauf mangels besserer Kandidaten den Meyer-Vertreter Jürgen Ladewig zum Meyer-Nachfolger.

Ende letzten Jahres drangen aus der Diag dann die letzten Schreckensnachrichten: Von Menges trat zurück, der Jahresverlust 1976 belief sich auf 67 Millionen Mark — obwohl die Manager seit Jahren „das Licht am Ende des Tunnels“ ausgemacht zu haben glaubten.

Die Beamten des Rechnungshofes sehen das anders. Sie entdeckten weder eine „unternehmerische Gesamtkonzeption“ noch eine sinnvolle Organisation des Unternehmens. Auch ein brauchbares Rechnungswesen, Grundlage jeder Kalkulation und der Kon-